



Berlin direkt

Sibylle Pfeiffer – für Sie in Berlin

www.sibylle-pfeiffer.de

Bund-Länder-Finzen, Betriebsrenten, Incirlik und Trump

Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu ausgerichtet

Diese Woche haben wir im Deutschen Bundestag mit einer 2/3 Mehrheit in insgesamt neun Namentlichen Abstimmungen den Weg für eine wegweisende Verfassungsänderung frei gemacht. Die Bund-Länder Finanzbeziehungen sind seit Jahrzehnten ein Zankapfel deutscher Politik. Mit einem umfangreichen Gesetzgebungspaket inklusive diverser Grundgesetzänderungen sorgen wir für finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern ab dem Jahr 2020 bis mindestens 2030.

Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden zukünftig über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer ausgeglichen und nicht wie bisher über den horizontalen Länderfinanzausgleich. Darüber hinaus erklärt sich der Bund zu einer zusätzlichen jährlichen Finanzspritze von rund 9,5 Mrd. Euro ab 2020 bereit. Im Gegenzug wird die Einhaltung der Schuldenbremse auf Länderebene besser überwacht sowie dem Bund einen größeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Länderprogramme eingeräumt, die aus Bundesmitteln finanziert werden. Bürger sollen zukünftig leichter über ein neues Digital-Portal Dienstleistungen von Bund und Ländern erreichen können. Wichtiges tut sich auch bei der Infrastruktur: Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen liegen künftig zentral in den Händen einer neuen Infrastrukturgesellschaft. Damit können wir effizienter und schneller unsere verkehrlichen Lebensadern managen. Darüber hinaus kann der Bund zukünftig finanzschwachen Kommunen Mittel für die Sanierung von Schulen zur Verfügung stellen. Die Kernzuständigkeit der Länder für Bildung wird aber nicht angetastet.

Auch wenn ich grundsätzlich kein Freund von Grundgesetzänderungen bin, so erkenne ich doch, dass dieses Reformpaket ein großer Schritt in die richtige Richtung ist. Die Finanzbeziehungen zwischen den Ländern und zwischen Bund und Ländern wird auf eine verlässlichere Basis gestellt, Zuständigkeiten sinnvoll verschoben und gezielte Hilfen für finanzschwache Kommunen ermöglicht. Daher habe ich dem

Reformpaket trotz mancher Kritik an Detailfragen dennoch zugestimmt.

Betriebsrenten ausgebaut

Wir haben in Deutschland ein Demographie-Problem. Der medizinische Fortschritt lässt erfreulicherweise die Menschen immer älter werden und gleichzeitig werden vergleichsweise wenige Kinder geboren. Vereinfacht gesagt, müssen immer weniger Berufstätige immer länger immer mehr Rentner finanzieren. Es liegt auf der Hand, dass die gesetzliche Rentenversicherung allein auf Dauer nicht ausreichen wird, um für das Alter angemessen vorzusorgen. Wenn man keine Abstriche beim Lebensstandard machen möchte, wird die private Vorsorge an Bedeutung gewinnen.

Daher haben wir die Möglichkeiten der Betriebsrenten insbesondere für Geringverdiener mit einem Einkommen von bis zu 2200 Euro Brutto ausgebaut. Wir werden zukünftig einen Arbeitgeberbeitrag zur Betriebsrente von bis zu 480 Euro im Jahr mit 144 Euro bezuschussen und gleichzeitig Betriebsrenten bis zu 200 Euro im Monat nicht mehr mit der Grundsicherung im Alter verrechnen. Wer vorsorgt, bekommt mehr. Damit zerschlagen wir nicht gordische Knoten, geben aber mehr Möglichkeiten zur eigenen Altersvorsorge.

SPD auf außenpolitischer Irrfahrt

Die SPD suchte Anfang dieser Woche verzweifelt ein Wahlkampfthema – und ließ dabei selbst den eigenen Außenminister im Regen stehen. Was war passiert?

Die Türkei ist bekanntermaßen ein schwieriger Partner. Erdogans Politik habe ich an dieser Stelle des Öfteren scharf kritisiert. Erfahrungsgemäß bekommt man dafür immer viel Applaus. Jüngster Streitpunkt: Die Weigerung der Türkei, Abgeordnete zum Bundeswehrstandort in Incirlik reisen zu lassen. Für die Unionsfraktion und Bundesregierung ist es völlig klar, dass Abgeordnete die Soldaten dort besuchen können müssen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist.

Einen letzten Verhandlungsversuch dazu wird Außenminister Sigmar Gabriel am Montag unternehmen, wenn er in die Türkei reist, um mit seinem Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu über Incirlik zu

